

NEWSLETTER

MONATLICHE AUSGABE | UKRAINE

6. JUNI 2016

INHALT

Arbeitsrecht	Neue Bedingungen für die Probezeit	2
Doing Business	Einheitspreis für Erdgas für die Bevölkerung und die Industrie	2
Erneuerbare Energien	Verkauf des von Haushalten produzierten „Grünen“ Stroms	3
Gesellschaftsrecht	Auszahlung von Dividenden durch eine Aktiengesellschaft	4
Immobilienrecht	Folgen der Verweigerung einer finanziellen Bewertung von Grund und Boden	4
Prozessführung	Neue Kategorie von Angelegenheiten in der Wirtschaftsprozessordnung	5
Steuerrecht	Besonderheiten der Besteuerung der Vermittlung von Arbeit im Ausland	6
Zollfragen	Genehmigung des "Ein Fenster"-Systems beim Zoll	6
Aus der Praxis von DLF	DLF hat eine Genehmigung zu einem Zusammenschluss für einen Mandanten erhalten	6

ARBEITSRECHT

Neue Bedingungen für die Probezeit

Am 17. Mai 2016 hat die Werchowna Rada der Ukraine das Gesetz verabschiedet, das Änderungen in dem Arbeitskodex der Ukraine bezüglich der Probezeit betrifft. Dieses Gesetz tritt nach der Unterzeichnung durch den Präsidenten der Ukraine in Kraft.

Durch diese Novelle wird das Verzeichnis der Personen erweitert, für die keine Probezeit festgelegt wird, und zwar für:

- auf den Posten gewählte Personen;
- Sieger eines Auswahlverfahrens für die Besetzung einer freien Stelle;
- Personen, die ein Praktikum bei dem Arbeitsantritt mit einer Loslösung von der Hauptarbeit hinter sich haben;
- schwangere Frauen;
- alleinerziehende Mütter, die ein Kind in einem Alter bis zu 14 Jahren oder die ein Kind haben, das als Invalide anerkannt ist;
- Personen, mit denen ein befristeter Arbeitsvertrag mit einer Frist von bis zu 12 Monaten abgeschlossen worden ist;
- Personen für zeitweilige und Saisonarbeiten;
- Personen, die innerhalb der Ukraine versetzt worden sind.

Durch die Novelle wird vorgesehen, dass in die Probezeit nicht die Tage einberechnet werden, an denen der Arbeitnehmer faktisch nicht gearbeitet hat, unabhängig von den Gründen dafür. Der Arbeitnehmer muss auch schriftlich darüber gewarnt werden, dass mit ihm der Arbeitsvertrag in Verbindung mit dem Nichtüberstehen der Probezeit gekündigt werden wird, oder in dem Falle, dass der Arbeitnehmer nicht der besetzten Stelle entspricht, auf die er eingestellt worden ist. Er muss darüber unter der Einhaltung einer Frist von drei Tagen gewarnt werden.

DOING BUSINESS

Einheitspreis für Erdgas für die Bevölkerung und die Industrie

Gemäß der Verordnung des Ministerkabinetts der Ukraine Nr. 315 vom 27. April 2016 wurde beginnend mit dem 1. Mai 2016 ein Einheitshöchstpreis für Erdgas für die Bevölkerung in einem Umfang von UAH 6.879,- für eintausend Kubikmeter festgelegt. Ein solcher Preis wurde auch für den Verkauf von Erdgas für die Erfordernisse der kommunalen Fernwärmegesellschaften eingeführt.

Wenn man bedenkt, dass die Preise für Erdgas für die Bevölkerung im Verlaufe von vielen Jahren aus dem staatlichen Haushalt subventioniert worden sind und keinen marktwirtschaftlichen Prinzipien entsprachen, beeinflusst ihre Erhöhung die finanzielle Lage der Haushalte wesentlich, weil es zu einer Erhöhung der Kosten für die Heizung und die Warmwasserversorgung führt.

Mit der Erhöhung der Preise für Erdgas für die Bevölkerung haben sich diese Preise den Preisen für Erdgas für die Industrie, die schon lange für das verbrauchte Gas dessen Marktpreis auf der Ebene von UAH 6800-7500 zahlt, angeglichen. Die Vereinheitlichung der Preise für Erdgas sollte ein Anreiz sowohl für eine wirtschaftlichere, als auch eine effektivere Nutzung der Energieressourcen sein, aber auch für eine Durchdringung von energieeffektiven Systemen und für die Nutzung von alternativen Energiequellen. Hier muss in erster Linie die Aufmerksamkeit auf die Nutzung von Biomasse in der Energiewirtschaft gerichtet werden. Wenn man die Größe der vorhandenen landwirtschaftlichen Flächen in der Ukraine berücksichtigt, hat diese Energiequelle ein großes Potential.

Der in der Bevölkerung unpopuläre Schritt der Regierung ist auch auf eine fortlaufende Motivierung der Bevölkerung zu einem wirtschaftlicheren Umgang mit Energieressourcen gerichtet. Deswegen hat die Regierung, zusammen mit der Erhöhung des Gaspreises das Ziel festgelegt, eine Erfassung von 100% aller Energieressourcen zu sichern, z.B. einen Teil der Mittel auf Projekte für die Verringerung des Verbrauchs von Energieressourcen im Wege der Durchdringung eines höheren Energienutzungsgrads zu sichern, und auch die Arbeiten daran zu beginnen, einen Fonds der Energieeffizienz zu schaffen.

ERNEUERBARE ENERGIEN

Verkauf des von Haushalten produzierten „Grünen“ Stroms

Am 15. April 2016 ist die neue Fassung der Ordnung des Verkaufs, der Erfassung und der Abrechnung für Elektrizität, die aus alternativen Energiequellen durch Objekte der Elektroenergiewirtschaft von privaten Haushalten produziert werden, in Kraft getreten.

Durch das Gesetz der Ukraine „Über die Elektroenergiewirtschaft“ ist die Möglichkeit vorgesehen, dass Haushalte Sonnen- (Fotovoltaik-) sowie Windenergieanlagen mit einer jeweiligen Leistung von bis zu 30 kW einrichten.

Haushalte haben das Recht, eine generierende Einheit mit einer Leistung von bis zu 30 kW aufzustellen und dem Elektrizitätsversorger die Elektrizität zu verkaufen, die aus Sonnen- und der Windenergie produziert wird, und zwar nach dem „Grünen“ Tarif in demjenigen Umfang, der den monatlichen Verbrauch von Elektrizität durch solche private Haushalte überschreitet.

Die generierende Einheit in einem privaten Haushalt wird als in Betrieb genommen angesehen ab dem Datum der Zurverfügungstellung (Absendung) eines entsprechenden Antrags an den Elektrizitätsversorger. Der Elektrizitätsversorger überprüft nach dem Erhalt eines entsprechenden Antrags die Leistung der in einem privaten Haushalt aufgestellten Anlage, welche Elektrizität produziert. Die Dienstleistungen für die Einstellung der Stromerfassungsstation werden vom Haushalt bezahlt.

Wenn in einem Haushalt einige Einheiten von Anlagen, die Elektrizität produzieren, in Betrieb genommen worden sind, auf die unterschiedliche Koeffizienten (Höhen) des „Grünen“ Tarifs angewandt werden, soll ein solcher Haushalt eine separate

Stromerfassung für die erzeugte Elektrizität für jede Einheit, für die ein separater Koeffizient des „Grünen“ Tarifs angewandt werden, sicherstellen, und eine separate Stromerfassung für die erzeugte Elektrizität, die von dem privaten Haushalt verbraucht wird.

[Mehr über die Höhe des „Grünen“ Tarifs \(Einspeisevergütungen\) in der Ukraine](#)

GESELLSCHAFTSRECHT

Auszahlung von Dividenden durch eine Aktiengesellschaft

Am 12. April 2016 hat die Nationale Kommission für Wertpapiere und den Fondsmarkt durch ihre Entscheidung Nr. 391 das Regime der Auszahlung der Dividenden durch eine Aktiengesellschaft bestätigt.

Gemäß diesem Dokument kann eine Aktiengesellschaft Dividenden nicht nur unmittelbar an ihre Aktionäre, sondern auch mit der Hilfe des depotführenden Instituts der Ukraine auszahlen. Die Art und Weise der Auszahlung wird auf der Hauptversammlung der Aktionäre beschlossen, und sie wird auf die ganze Ausgabe der Aktien der Gesellschaft angewandt.

Insbesondere werden die Dividenden unmittelbar den Aktionären in dem Regime ausgezahlt, das von dem Aufsichtsrat der Aktiengesellschaft beschlossen worden ist, und zwar innerhalb einer Frist, die nicht überschreiten darf:

- sechs Monate ab dem Tag, an dem die Hauptversammlung über die Auszahlung der Dividenden beschlossen hat - für die einfachen Aktien;
- sechs Monate ab dem Ende des Geschäftsjahres - für die Vorzugsaktien.

Personen, die das Recht haben, Dividenden zu erhalten, sollen von der Gesellschaft über das Datum, den Umfang, das Regime und die Frist der Auszahlung informiert werden. Die Auszahlung kann über die volle Summe und in Teilen erfolgen. Die Auszahlung von Dividenden in Teilen wird gleichzeitig allen Personen gegenüber erfolgen, die das Recht haben, sie zu erhalten, und zwar proportional.

IMMOBILIENRECHT

Folgen der Verweigerung einer finanziellen Bewertung von Grund und Boden

Am 11. Mai 2016 hat das Oberste Gericht der Ukraine auf einer gemeinsamen Sitzung der Kammern für zivil- und handelsrechtliche Angelegenheiten ein Verfahren über die Feststellung der Nichtigkeit einer Verordnung einer staatlichen Bezirksverwaltung und über deren Aufhebung entschieden, zusammen mit der Feststellung der Nichtigkeit des Vertrages über die Pacht des Grund und Bodens als unwirksam.

Bei der Verhandlung dieser Angelegenheit hat das Oberste Gericht der Ukraine bestimmt, dass bei dem Abschluss des Vertrages über die Pacht des Grund und Bodens die normative finanzielle Bewertung des Grundstücks, die die Grundlage für den Umfang der Pachtzahlung für Grund und Boden in staatlichem und kommunalem Eigentum ist, unter der Verletzung der festgesetzten Erfordernisse und der Ordnung durchgeführt worden war, und deswegen würde in dem zu entscheidenden Fall der Pachtvertrag in diesem Teil der geltenden Gesetzgebung widersprechen.

Auf diese Weise wurde eine rechtliche Position formuliert, die darin beruht, dass die Verpflichtung, eine Pachtzahlung zu leisten, normativ reguliert ist und nicht bestimmt oder geändert oder von den Vertragsparteien eines Vertrages durch eine eigene Willenserklärung aufgehoben werden darf.

Verallgemeinernd lässt sich feststellen, dass das Oberste Gericht der Ukraine zu dem Ergebnis gekommen ist, dass eine Ablehnung der Durchführung oder eine Durchführung unter Verletzung der Gesetzgebung der normativen finanziellen Bewertung bezüglich von Grund und Boden in staatlichem und kommunalem Eigentum bei dem Abschluss eines Pachtvertrages die Grundlage für eine Feststellung ist, dass solche Verträge unwirksam sind.

PROZESSFÜHRUNG

Neue Kategorie von Angelegenheiten in der Wirtschaftsprozessordnung

Am 1. Mai 2016 ist das Gesetz der Ukraine „Über die Änderung von einigen Gesetzen bezüglich des Schutzes der Rechte von Investoren“ in Kraft getreten. Das Gesetz sieht unter anderem Änderungen in der Wirtschaftsprozessordnung der Ukraine vor, durch die eine neue Kategorie von Angelegenheiten eingeführt wird, und zwar Streitige Angelegenheiten zwischen wirtschaftlichen Subjekten und deren Amtspersonen über den Ersatz von Schaden, der von der Amtsperson der Gesellschaft durch ihre Handlungen hinzugefügt worden ist.

In diesem Zusammenhang wird als Kläger bei solchen Angelegenheiten das Unternehmen auftreten, in dessen Interesse die Klage eingereicht worden ist. Die Gesellschafter des Unternehmens werden das Recht haben, diese Klage im Namen des Unternehmens einzureichen, wenn die Summe ihrer Beteiligung mindestens 10 % des Grundkapitals des Unternehmens entspricht.

Die Aufnahme einer solchen Kategorie der Angelegenheiten in die Wirtschaftsprozessordnung der Ukraine wird einem effektiveren Schutz der Rechte dienen, auch der Rechte von ausländischen Investoren, weil der Missbrauch seitens der Direktoren oft zu deren Verletzungen geführt hat.

[Mehr über die Neuigkeiten des Gesetzes bezüglich des Schutzes der Rechte von Investoren in der Ukraine](#)

STEUERRECHT

Besonderheiten der Besteuerung der Vermittlung von Arbeit im Ausland

Das Finanzamt der Ukraine hat am 20. April 2016 in seinem Brief die Besonderheiten der Besteuerung der Vermittlung von Arbeit im Ausland erläutert. In dem Brief wird angemerkt, dass die Besteuerung mit der Umsatzsteuer von Operationen für die Dienstleistungserbringung im Bereich der Arbeitsvermittlung im Ausland direkt von dem Ort der Gewährung solcher Dienstleistungen abhängt.

Gemäß Art. 186.3 Steuerkodex der Ukraine gilt als Ort der Erbringung von Dienstleistungen für die Zurverfügungstellung von Personal der Ort, wo der Empfänger der Dienstleistungen in seiner Eigenschaft als Wirtschaftssubjekt registriert ist, oder an dessen Wohnort. In den anderen Fällen ist gemäß Art. 186.4 Steuerkodex der Ukraine der Ort der Erbringung der Ort der Registrierung des Erbringers der Dienstleistungen.

ZOLLFRAGEN

Genehmigung des "Ein Fenster"-Systems beim Zoll

Am 25. Mai 2016 hat das Ministerkabinett der Ukraine eine Konzeption bestätigt, die ein automatisiertes System eines „Einzigsten Fensters“ schafft und einführt – ein elektronisches System für den Austausch von Informationen, das der Vereinfachung der Zollprozeduren dient und das die Möglichkeiten beseitigt, dass es Korruption bei dem Zoll gibt.

So sieht das System „Ein Fenster“ die Verringerung der Menge von Zollprozeduren und die Schaffung einer einzigen elektronischen Datenbasis vor, die es den verschiedenen Kontrolldiensten und den Zollstellen erlaubt, in einem automatisierten Regime Informationen über die Fracht auszutauschen, die über die Grenzen der Ukraine geht.

Somit werden alle Arten der Zollkontrolle, die von den ukrainischen Gesetzen vorgesehen sind, mit der Hilfe eines elektronischen Austauschs von Daten durchgeführt, was eine Abkehr von dem Dokumentenaustausch in Papierform und eine bedeutende Vereinfachung der Zollformalitäten bezüglich von Waren bedeutet.

AUS DER PRAXIS VON DLF

DLF hat eine Genehmigung zu einem Zusammenschluss für einen Mandanten erhalten

Am 15. April 2016 hat die Rechtsanwaltskanzlei DLF attorneys-at-law erfolgreich die Prozedur zum Erhalt einer Genehmigung eines wirtschaftlichen Zusammenschlusses (Verschmelzung und Fusion) beendet, die in dem Erwerb der Bankaktiva einer

europäischen Bank- und Versicherungsgruppe durch eine der größten Banken Ungarns beruhte.

Es muss beachtet werden, dass zwar die beantragte Verschmelzung und Fusion ausschließlich auf dem Territorium Ungarns erfolgte, jedoch bedurfte dieser wirtschaftliche Zusammenschluss einer vorherigen Zustimmung des Antimonopolkomitees der Ukraine (AMKU), weil die Gruppe des Käufers eine wirtschaftliche Aktivität in dem Bankenmarkt in der Ukraine ausübt.

Die Besonderheit der Abstimmung mit den Organen der AMKU bei dieser Verschmelzung lag darin, dass AMKU die Position der Rechtsanwälte der Rechtsanwaltskanzlei DLF attorneys-at-law teilte und keine tiefere Analyse der Struktur der Gruppe des Verkäufers durchgeführt hat. Somit entsprach seine Politik der rechtlichen Position der Kartellrechtsorgane der EU. Wir erinnern daran, dass die Kartellrechtgesetzgebung in der EU und der überwiegenden Mehrheit der EU-Mitgliedstaaten zu den Beteiligten eines wirtschaftlichen Zusammenschlusses nicht die Gruppe des Konzerns des Verkäufers zählt, d.h. die Partei, die seine Aktiva verkauft und auf diese Art und Weise seinen potentiellen Anteil an dem entsprechenden Warenmarkt verkleinert.

Entsprechend hat DLF attorneys-at-law in der Praxis eine positive Änderung der Position der Organe der AMKU bei der Untersuchung der Gesellschaft des Verkäufers bemerkt, die gemäß dem Assoziierungsabkommen zwischen der Ukraine und der Europäischen Union mit der rechtlichen Position der Organe der EU bei der kartellrechtlichen Kontrolle abgestimmt werden soll.

Weiterhin muss eine wesentliche Verringerung auch sonstiger kleinerer bürokratischer Prozeduren eines angezeigten Zusammenschlusses bei der Entscheidung durch Organe der AMKU angemerkt werden, was von einer tatsächlichen und faktischen Reformierung der Tätigkeit der Organe der AMKU zeugt.

Ansprechpartner:

Igor Dykunskyy, LL.M., Partner
igor.dykunskyy@DLF.ua

Dmitriy Sykaluk, Associate
dmitriy.sykaluk@DLF.ua

Dieser Newsletter ist dafür vorgesehen, einen kurzen Überblick über die aktuellen Änderungen und Entwicklungen der ukrainischen Gesetzgebung zu verschaffen. Er stellt keinen Ersatz für eine Rechtsberatung dar. Für eine individuelle Rechtsberatung wenden Sie sich bitte an die angegebenen Ansprechpartner oder nutzen unser Kontaktformular.

Unser Newsletter erscheint monatlich in elektronischer Form und ist unentgeltlich. Wenn Sie den Newsletter abbestellen möchten, senden Sie uns bitte eine kurze Nachricht auf info@DLF.ua.

DLF attorneys-at-law

Torus Business Centre | Hlybochytska Straße 17d | 04050 Kiew Ukraine | www.DLF.ua | info@DLF.ua
T +380 44 384 24 54 | F +380 44 384 24 55